



CDU-Bundesparteitag

Ist da noch Platz für mehr?

Foto: Tobias Koch

Durchstarterin: Wer ist Silvia Breher?

Die Niedersächsin soll Nachfolgerin von Ursula von der Leyen im Parteivorstand werden

Seite 4

Wie viel Vielfalt verträgt die Volkspartei?

Mit Mareike Wulf sprachen wir über den Umgang der CDU mit Minderheiten

Seite 5 – 7

Minderheiten schützen – aber wie?

Der Landtag diskutiert die Ergänzung des Artikel 3 III und die CDU zeigt sich offen für Änderungen

Seite 8



Moin!

Wir feiern dieser Tage den 30. Jahrestag des Mauerfalls und legen doch noch vielfach das Augenmerk auf das Trennende zwischen Ost und West. Und auch darüber hinaus scheint vieles auseinanderzugehen, vom „Zusammenführen“ des letzten CDU-Bundesparteitags scheinen wir weit entfernt: Minderheiten formulieren immer deutlicher ihre eigenen Interessen. Verschiedene Gruppen in der CDU streiten um die Richtung der Partei und ihren jeweiligen Einfluss. Nationalstaaten folgen immer mehr dem Ruf des nationalen Alleingangs und kehren gemeinschaftlichen Institutionen den Rücken. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass allerorten Einzelinteressen in den Vordergrund rücken.

Doch wie viel Diversität trägt eine Gemeinschaft? „Eine Gesellschaft, soll sie funktionieren, muss gewichten, muss zwischen Mehrheits- und Minderheitsansichten unterscheiden, muss Kompromisse schließen“, schreibt Hanno Rauterberg in der Wochenzeitung „Die Zeit“. Und Gesundheitsminister Jens Spahn mahnte in einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Neue Presse“ ein Wir-Gefühl an: „Wir reden in Deutschland zu viel darüber, was uns trennt und zu wenig darüber, was uns als Bürger alle eint.“

Ganz ähnlich sehen das auch zwei Unionspolitikerinnen aus Niedersachsen, deren Positionen wir auf den folgenden Seiten abbilden: die Bundestagsabgeordnete **Silvia Breher** aus dem Landesverband Oldenburg (Portrait auf Seite 4) und die hannoversche Landtagsabgeordnete **Mareike Wulf** (Interview ab Seite 5).

Über den richtigen Schutz von Minderheiten diskutierte kürzlich der Niedersächsische Landtag. **Muss der Diskriminierungsschutz in der Verfassung ausgeweitet werden?** Der verfassungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Christian Caldere**, hat sich dazu sehr differenziert und nachdenklich geäußert (Seite 8). Auch wir als LSU in Niedersachsen ringen dabei um den besten Weg – unser Für und Wider lesen Sie auf Seite 9.

Zu guter Letzt beziehen wir dann noch für uns selbst Position (Seite 13). Dazu gehört auch die Diskussion um den Status der LSU. Es spricht alles dafür, dass der **Antrag auf Anerkennung der LSU** auf dem kommenden Bundesparteitag in Leipzig nicht zur Debatte gestellt, sondern in eine Satzungscommission überwiesen wird. Wir begrüßen diesen Vorschlag der Antragskommission ausdrücklich. So wird die Gelegenheit gegeben, fundiert

über eine Neuordnung der Parteistrukturen nachzudenken. Schnellschüsse sind überhaupt nicht vonnöten. Für uns als LSU in Niedersachsen stand und steht die Einheit der Union an vorderster Stelle. Uns allen muss darüber hinaus die Einheit unserer Gesellschaft und deren Funktionsfähigkeit am Herzen liegen. Und die „funktioniert“, wie Mareike Wulf sagt „nur, wenn sich meine eigenen Anliegen auch immer wieder in einen größeren Kontext einordnen lassen.“

Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre.



Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen



Foto: privat

Scholz erzielt Achtungserfolg

LSU dankt für den engagierten Wahlkampf

Eckhard Scholz, parteiloser Oberbürgermeister-Kandidat der CDU Hannover, konnte sich in der Stichwahl nicht gegen den Mitbewerber von den Grünen, Belit Onay, durchsetzen. Mit 47,1 Prozent der Stimmen erzielte er jedoch einen Achtungserfolg in der früheren SPD-Hochburg. Wir danken Ecki Scholz und seiner Frau Cornelia für den herausragenden Wahlkampf in den zurückliegenden Wochen und wünschen den beiden alles Gute!



Foto: SCHLAU Niedersachsen

Mehr Geld für SCHLAU

Mareike Wulf MdL setzt sich für LSBTI ein

Mareike Wulf, für Bildung zuständige CDU-Fraktions-Vize im Niedersächsischen Landtag, hat beim Kultusminister eine Erhöhung der Fördergelder für SCHLAU Niedersachsen erwirken können. So sollen die Zuwendungen im kommenden Jahr um 10.000, danach um 25.000 Euro erhöht werden. Das Aufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekt benötigt mehr Geld für die Qualifizierung von ehrenamtlichen Jugendlichen (wir berichteten).



Foto: M. Eitenbenz

Wahl in den Bundesvorstand

Matthias Eitenbenz ist nun Beisitzer

Matthias Eitenbenz, Niedersachsens stellvertretender LSU-Chef, ist nun auch Mitglied des LSU-Bundesvorstands. Auf der Mitgliederversammlung in Frankfurt am Main Anfang November wurde Matthias zum Beisitzer gewählt. Neben Petra Többe aus Visselhövede und Sven Alexander van der Wardt, der als Landesvorsitzender qua Amt dem Bundesvorstand angehört, ist Matthias nun der dritte Niedersachse in dem Gremium.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselman-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Abmeldung vom Newsletter:
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Silvia Breher: die Durchstarterin

Wer ist die Niedersächsin, die auf Ursula von der Leyen folgen kann?

Vieles verbindet sie mit uns bekannten Politikerinnen wie Mareike Wulf, Rita Süßmuth (in früheren Zeiten) oder auch Ursula von der Leyen, der sie nun nachfolgen soll. Silvia Breher ist eine junge, taffe, gut ausgebildete Frau. Eine überzeugte Christdemokratin zwar, aber kein klassisches Parteigewächs. Die Ochsentour, die viele ihrer vor allem männlichen Parteifreunde hinter sich haben, musste sie nicht absolvieren. 2017 erst kam Breher als Quereinsteigerin in den Deutschen Bundestag. Sie gewann ihren Wahlkreis Cloopenburg-Vechta mit dem besten Erststimmenergebnis überhaupt, 57,7 Prozent stimmten in der CDU-Hochburg damals für sie. Im Bundestag ist die Juristin und früherer Geschäftsführerin des Kreislandvolkverbands Vechta nun ordentliches Mitglied im Agrarausschuss sowie Schriftführerin im Bundestagspräsidium. Und jetzt könnte die im März frisch gewählte Landesvorsitzende der CDU Oldenburg auch an die Spitze der Bundespartei springen. Denn die CDU in Niedersachsen hat sie als Nachfolgerin für Ursula von der Leyen als Vize-Parteichefin vorgeschlagen. Dann stünde sie auf einer Ebene mit Ar-

min Laschet, Julia Klöckner, Volker Bouffier und Thomas Strobl. Doch für welche Politik steht Breher? Und wird sie für uns als LSU genauso laut ihre Stimme an der Parteispitze erheben, wie Ursula von der Leyen das getan hat?

Für die „Ehe für alle“ und gegen „Homo-Heilung“

Als der Bundestag im Sommer 2017 die Zivilehe für homosexuelle Paare geöffnet hat, war Breher noch nicht im Parlament. Doch trotzdem erklärte sie im Wahlkampf, auch sie hätte dafür gestimmt – wie insgesamt ein Viertel der Unionsfraktion. Und wie steht es mit aktuelleren Themen? Den Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) unterstützt sie in seinem Vorhaben, die sogenannten Konversionstherapien zu verbieten. „Ich halte das für einen logischen und notwendigen Schritt“, sagt Breher auf Nachfragen der LSU. Der Gesetzgeber müsse hier endlich klare Kante zeigen. „Homosexualität ist keine Krankheit.“

Wer das meint und Homosexuelle ‚umdrehen‘ will, hat zukünftig mit einer Freiheitsstrafe zu rechnen. Da stehe ich ganz an der Seite von Jens Spahn.“

Auch bei der Diskussion um

die Anerkennung der LSU als offizielle Bundesvereinigung signalisiert Breher Offenheit. „Die CDU ist eine Volkspartei und setzt sich aus Mitgliedern mit ganz verschiedenen Hintergründen zusammen. Es haben sich schon immer einzelne Gruppen zusammengeschlossen, um nicht nur ihre Kräfte zu bündeln, sondern vor allen auch ihre Anliegen gemeinschaftlich und mit starker Stimme zu vertreten“, sagt Breher auf Nachfrage der LSU und fügt an: „Und das immer aus der Union heraus.“ Vor dem Hintergrund von zunehmender alltäglicher Diskriminierung und Gewalt gegenüber religiösen, ethnischen, sexuellen Minderheiten und einzelnen Menschen finde sie es daher wichtig, dass die Berliner CDU den Antrag gestellt hat, und die CDU nun über den Status der LSU in der Union diskutiere. „Die Union befindet sich immer in Bewegung, diskutiert und entwickelt sich weiter. Das ist für mich das Herz einer lebendigen Volkspartei.“

In Zukunft möchte Breher das Gemeinsame in der Union stärken – auch zusammen mit der LSU. „Die LSU ist Bestandteil der CDU, einer vielschichtigen Volkspartei“, erklärt Breher. „Wir müssen stärker unsere gemeinsamen politischen Grundüberzeugungen herausstellen, deutlich machen, wofür wir stehen und eintreten.“ Was das für sie konkret bedeutet? „Die Eigenverantwortung der Bürger stärken, die soziale Marktwirtschaft modernisieren und einen handlungsfähigen Rechtsstaat sicherstellen.“



Foto: Phil Dera



Wie viel Vielfalt verträgt die Union?

Interview mit der Landtagsabgeordneten Mareike Wulf

Mareike Wulf vertritt Hannover im Niedersächsischen Landtag. Als Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU ist sie für die Bereiche Bildung und Wirtschaft zuständig. Wir sprachen mit ihr darüber, wie unterschiedliche Interessen in der Politik ausgeglichen werden, wo die Grenzen der Vielfalt liegen und ob wir mehr Quoten in der Partei brauchen.

Liebe Mareike, wir haben uns 2017 im Landtagswahlkampf kennengelernt und dabei auch über die Präsidentschaftswahl in den USA diskutiert. Da gab es die These, dass Hillary Clin-

ton die Wahl nur deshalb gegen Donald Trump verloren hat, weil sie sich zu sehr auf Minderheiten konzentriert hatte. Wie siehst Du das: Gewinnt man mit Minderheiten keine Wahlen?

Ein Problem war sicher, dass eine Wahlkampfstrategie, die bei den zurückliegenden Wahlen extrem gut funktioniert hat, nicht mehr gegriffen hat. Die Idee war: Ich nehme mir für einzelne Gruppen je einen Programmpunkt heraus und bediene so dann alle – zum Beispiel Frauen oder Hispanics und andere nationale Minderheiten. Ich glaube, dass sich in diesem Wahlkampf viele, vor allem die Mittelschicht-Wähler, von

dieser Strategie nicht angesprochen gefühlt haben, weil sie ihre eigenen Interessen nicht wiedergefunden haben. Die Kunst eines Wahlkampfes ist es vielleicht eher zu schauen, wo wir die verbindenden Interessen finden. Wo sind die Gemeinsamkeiten, wofür stehen wir politisch ein?

Wie gelingt das denn? Hast Du da ein Beispiel?

Nehmen wir zum Beispiel die Gruppe der Frauen. Wenn ich mit den frauenpolitischen Sprecherinnen auf einem Podium sitze, sitzen wir da ja nicht nur als Frauen. Ich wache ja nicht jeden Morgen auf und denke, huch, ich bin

eine Frau, also muss ich jetzt mal die Interessen von Frauen vertreten. Es geht ja um bestimmte gesellschaftspolitische Vorstellungen, die wir vertreten. Und ich glaube, dass auch ein Großteil der homosexuellen Menschen sehr, sehr bürgerlich ist. Für diese hat die CDU grundsätzlich ein attraktives Angebot. Wo die CDU allerdings aufpassen muss, ist, dass sie in ihrer Sprache und ihrer Art, wie sie auftritt, nicht immer als eine Partei wahrgenommen wird, die auf Minderheiten rumtrampelt. Das passiert leider immer noch zu häufig.

Gleichzeitig gibt es dann auch konkrete Themen, wo man sagen kann: Hier tun wir etwas. Wie zum Beispiel das queere Jugendzentrum in Hannover. Aber trotzdem würde ich das nicht zu einem Mittelpunkt eines Wahlkampfes machen und dann sagen: Wir sind die Partei, die sich ganz explizit und ausschließlich für die Rechte von Homosexuellen, Frauen, Flüchtlingen oder anderen Gruppen einsetzt. Sondern wir arbeiten für eine bürgerliche Mitte und da sind halt viele verschiedene Identitäten zu finden.

Jetzt bist Du im Landtag und im politischen Geschäft angekommen. Da gehört es dazu, dass immer wieder Gruppen ankommen, bei Dir anknöpfen und Dir ihr Thema vorstellen wollen. Wie gehst Du damit dann um?

Natürlich, da kommen dann zum Beispiel die Grundschullehrer, da kommen die Realschul-

lehrer, die Gymnasiallehrer, die alle spezifische Anliegen haben. Am Ende muss man dann gucken, dass wir eine Entscheidung treffen, mit der alle leben können. Das ist dann eine Abwägungssache. Wenn wir zum Beispiel über die Kindergartenbeitragsfreiheit sprechen, das fand ich eine richtige Maßnahme, denn das trifft Familien mit mittleren Einkommen, die zwei Kinder haben, sich vielleicht noch ein drittes wünschen, vielleicht noch eine größere Wohnung haben wollen. Das war eine Entlastungsmaßnahme für Familien in der Mitte der Gesellschaft. Und ich glaube, politisches Ziel muss es sein, möglichst vielen Menschen Teilhabe an dieser gesellschaftlichen Mitte zu ermöglichen. Darauf sollten sich unsere Bemühungen immer wieder richten. Das heißt aber auch, dass wir Minderheitenrechte – welcher Couleur auch immer – thematisieren und besprechen müssen. Aber es kann kein Freifahrtschein sein, einer bestimmten Minderheit anzugehören. Nehmen wir die muslimischen Verbände, da muss man sagen: Es gibt eben bestimmte Regeln in diesem Land und einen bestimmten demokratischen Grundkonsens und der funktioniert eben nur dann, wenn die Politiker auch klar machen, dass alles Grenzen hat – dass man zum Beispiel nicht innerhalb einer Vertragsverhandlung einfach mal den Vorsitzenden des Verbandes auswechselt, weil der alte einem zu liberal war. >



„Wo die CDU aufpassen muss, ist, dass sie in ihrer Sprache und ihrer Art, wie sie auftritt, nicht immer als eine Partei wahrgenommen wird, die auf Minderheiten rumtrampelt. Das passiert leider immer noch zu häufig.“

Glaubst Du, es droht uns eine Zersplitterung der Gesellschaft, wenn immer mehr einzelne Gruppen auftreten und ihre Position durchsetzen wollen?

Wir sind offenbar zu einer Gesellschaft geworden, in der jeder gerne Opfer sein möchte, und jeder diesen Status des Opfers dafür nutzt, Partikularinteressen durchzusetzen. Nach dem Motto: Ich werde diskriminiert, also habe ich das Anrecht auf besondere Rechte und kann mir besondere Dinge herausnehmen. Ich glaube, das ist ein Punkt, wo es problematisch wird, weil wir dadurch als Gesellschaft dann nicht mehr zusammenkommen. Gleichzeitig wollen wir natürlich keine Diskriminierung und können sie auch nicht tolerieren. Das ist klar. Wenn ich mir aber anschau, wie Identitätspolitik mittlerweile von verschiedenen Gruppen betrieben wird, dann finde ich das zum Teil extrem aggressiv, irgendwo abstoßend. Zudem bin ich davon überzeugt, dass eine Gesellschaft so nicht funktionieren kann. Sie funktioniert nur, wenn sich meine eigenen Anliegen auch immer wieder in einen größeren Kontext einordnen lassen.

Frauen sind zwar keine Minderheit in der Gesellschaft, kommen in Parteien und Fraktionen aber viel zu selten vor. Deshalb wird in der CDU gerade über eine strengere Frauen-Quote diskutiert. Wie stehst Du dazu?

Ideal wäre es ja, wenn es schon funktioniert hätte und wir es einfach durch die vorhandenen Mechanismen schaffen würden, zumindest so viele Frauen in die Parlamente zu bekommen, dass ihr Anteil dort dem der weiblichen Parteimitglieder entspricht. Aber das gelingt halt nicht, im

Gegenteil: Der Frauenanteil sinkt wieder. Von daher stehe ich dazu zu sagen, wir brauchen zwar harte Maßnahmen – unter denen zunächst aber das mildeste, und das wäre eben das aktuell diskutierte Reißverschlussverfahren. Zudem muss man eine Strategie hinterlegen, die nachhaltig auch Frauen fördert.

Es gibt das Argument, dass man keine Frauenquote einführen sollte, weil man sonst Quoten für alles Mögliche bräuchte – für Junge, Alte, Migranten oder auch Homosexuelle.

Ich halte es zunächst einmal für legitim, dass eine Partei sagt, sie möchte explizit Frauen gleichberechtigt in der Partei und im Parlament abbilden. Quoten sind in der Politik etwas ganz Normales, und welche man anwendet, ist immer eine Frage des parteiinternen Konsenses. Die Grünen haben etwa auch eine Quote für junge Menschen und eine für diejenigen, die vorher noch nicht Mandatsträger waren. Aber auch die CDU kennt seit jeher Quoten und Quoren. Sie hat beispielsweise immer darauf geachtet, dass die Konfessionen gleichberechtigt in Vorständen vertreten sind und auch der Regionalproporz spielt eine enorm wichtige Rolle. Natürlich muss es auch Anliegen einer Partei sein, möglichst die gesamte Vielfalt einer Gesellschaft abzubilden. Ob wir das in jedem Fall über Quoten regeln, bleibt jedoch eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Quoten können es halt irgendwann auch sehr starr machen. Ei-

nes kann man aber sicher sagen: Der CDU würden mehr Frauen sicher sehr guttun – nicht zuletzt, weil die Wählerschaft das auch erwartet.



„Natürlich muss es auch Anliegen einer Partei sein, möglichst die gesamte Vielfalt einer Gesellschaft abzubilden. Ob wir das in jedem Fall über Quoten regeln, bleibt jedoch eine nicht leicht zu beantwortende Frage.“

Änderung der Verfassung nötig?

Landtag diskutiert über Diskriminierungsschutz für Homosexuelle

Die FDP im Landtag möchte das Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Identität in die niedersächsische Landesverfassung sowie in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufnehmen lassen. Im Oktober-Plenum brachte die Fraktion zwei Anträge in die politische Beratung ein, die jeweils eine Ergänzung der Artikel 3 um das entsprechende Merkmal vorsehen.

Silvia Bruns, gleichstellungspolitische Sprecherin der Freidemokraten, verwies in ihrer Rede im Landtag auf die langjährige juristische Verfolgung von Homosexuellen, die erst 1994 tatsächlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen wurde. Außerdem merkte sie an, dass erst 2017 die Zivilehe für homosexuelle Paare geöffnet wurde – dankenswerter Weise auch mit der Zustimmung von einem Viertel der Abgeordneten von CDU und CSU.

FDP will Schutz für LSBTI robuster machen

„Die Änderung würde aus unserer Sicht den Schutz der sexuellen Identität robuster gegen erstarkende konservative gesellschaftliche Strömungen machen“, begründete Bruns die Initiative. „Ansonsten können alle Errungenschaften der letzten Jahre per Mehrheitsbeschluss rückgängig gemacht werden.“ Eine solche Entwicklung sei in Österreich, Polen und den USA zu beobachten. „Eine progressive Haltung der Justiz ist auch in Deutschland keine Selbstverständlichkeit.“ Doch



Christian Calderone, Verfassungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

Bruns räumt auch einer kritischen Betrachtung Raum ein. So tauche der Begriff schon in einigen Gesetzen und Landesverfassungen auf – er sei aber unklar. Sie hoffe deshalb auf eine konstruktive Auseinandersetzung.

Diese sagte ihr Christian Calderone, verfassungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, im Landtag ausdrücklich zu. In einer sehr ruhig und besonnen vorgetragenen Rede sagte der Abgeordnete aus dem Wahlkreis Bersenbrück: „Richtig ist, dass die Verfassung das Wertegerüst unseres Staates ist, und zu diesen Werten gehört sicherlich auch die Nicht Benachteiligung aufgrund sexueller Identität.“ Er verwies auch darauf, dass es 1969 die CDU-geführte Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger war, die im Zuge der großen Strafrechtsreform die Strafbarkeit von einvernehmlichen sexuellen Hand-

lungen zwischen erwachsenen Männern abschaffte. „Und es war die CDU-geführte Bundesregierung unter Helmut Kohl, die 1994 die unterschiedlichen Schutzalter-Stufen für homosexuelle und sexuelle Handlungen in 175 StGB einheitlich auf 14 Jahre festlegte.“ Mit diesem Beispiel wolle er verdeutlichen, dass sich die CDU-Landtagsfraktion (womöglich entgegen der allgemeinen Einschätzung) sehr ernsthaft mit den Anträgen der FDP-Fraktion befassen werde.

CDU: Artikel 3 umfassend überarbeiten

„Wenn wir dies tun, sollten wir uns aber gleichzeitig fragen, ob der Begriff der ‚Rasse‘ in den Artikeln 3 Absatz 3 noch passend ist“, mahnte Calderone an und bekam viel Applaus. Zudem wolle er diskutieren, ob der Katalog,

wenn er schon ergänzt wird, nicht noch weitergehend ergänzt werden sollte: „Was ist mit der Frage der Altersdiskriminierung? Was ist mit der Frage der Bildungsdiskriminierung?“ Auch fragte er, ob der Begriff der „sexuellen Identität“ derjenige sei, der auch auf Dauer trägt. „Müsste es nicht ‚sexuelle und geschlechtliche Identität‘ oder ‚sexuelle Orientierung‘ oder ganz anders heißen?“

Man müsste sich zudem die Frage stellen, ob in der heterogener werdenden Gesellschaft überhaupt noch einzelne Merkmal über den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen hinaus hervorgehoben werden können. Die

Politik müsse sehr vorsichtig sein bei Änderungen der Verfassung – „bei aller Neigung zur politischen Botschaft“. Die Tagespolitik unterliege oft dem Zeitgeist, die Verfassung hätten aber den Anspruch, darüber hinaus zu wirken und Bedeutsamkeit zu entfalten, so der verfassungspolitische Sprecher.

CDU-Auftritt beim CSD in Oldenburg ist Thema

Abschließend kündigte Calderone noch einmal eine konstruktive Auseinandersetzung mit den Anträgen im zuständigen Rechtsausschuss des Landtages an: „Es gibt

viele Fragen und unterschiedliche Möglichkeiten, einem gemeinsamen Anliegen tatsächlich Nachdruck zu verleihen.“

Ulf Prange, SPD-Abgeordneter aus Oldenburg, erinnerte in seiner Rede daran, dass in den letzten beiden Legislaturperioden ähnlich lautende Anträge immer am nötigen Quorum für eine Verfassungsänderung gescheitert seien. Doch da seit einigen Jahren beim CSD in Oldenburg auch die CDU mit einem eigenen Wagen dabei sei, hoffte er auf die Unterstützung aus der Union. Er habe den Traum, dass bis zum nächsten CSD in Oldenburg die Verfassung entsprechend ergänzt wurde. <

Muss Artikel 3 erweitert werden?

In der Community wird gefordert, den Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um die Merkmale „sexuelle Orientierung“ und „geschlechtliche Identität“ zu ergänzen. Muss das sein?

JA: Eine Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ist nötig, weil unser Wertekanon angezweifelt wird.

Die Forderung nach einer Erweiterung des Artikel 3 Absatz 3 ist besonders drängend, da viele Menschen derzeit stark verunsichert sind. Aufgrund eines erheblichen Zuzugs von Menschen aus anderen Kulturkreisen und einem gleichzeitigem Erstarken rechtspopulistischer Gruppen und Parteien befürchten sie eine Veränderung bisher gelebter Werte. Die CDU Deutschlands trägt dieser Verunsicherung bereits Rechnung und tritt in der am 14. Dezember 2015 durch den Bundesparteitag beschlossenen Karlsruher Erklärung der Diskriminierung von Homosexuellen entschieden entgegen.

Diese Forderung sollte auch im Grundgesetz verankert werden, da dies derzeit in der Bundesrepublik Deutschland gelebte Grundüberzeugungen und Werte manifestiert. Das Grundgesetz spart in der Auflistung des Artikel 3 Absatz 3 derzeit lediglich eine einzige Gruppe von Verfolgten des Nationalsozialismus aus.

NEIN: Eine Ergänzung des Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ist unnötig, weil der Schutz ohnehin gegeben ist.

Der vorhandene Schutz ist völlig ausreichend und an dessen Durchsetzung durch Exekutive und Legislative besteht kein Zweifel. „Inzwischen ist das Grundgesetz mindestens doppelt so lang, wie es ursprünglich war, doppelt so gut ist es sicher nicht“, sagte der ehemalige Bundestagspräsident Professor Norbert Lammert und mahnte, bei Grundgesetzänderungen behutsam zu sein.

Dank der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist der Schutzbereich des Artikels 3 Absatz 3 in seiner verfassungsrechtlichen Ausgestaltung inzwischen deckungsgleich mit dem Absatz 1. „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ – nur darum geht es: gleiche Rechte für alle Menschen und keine Sonderrechte.

Außerdem verbieten einfaches Recht, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ebenfalls bereits eine Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität.

Nur Werbung oder auch Werte?

Die Bundesregierung muss sich in Ost-Europa stärker engagieren

Mit einer groß angelegten Kampagne wirbt das Bundesjustizministerium derzeit für den Rechtsstaat. Auch die Rechte von Lesben und Schwulen tauchen dabei – naja, fast selbstverständlich – auf großen Plakatflächen in U-Bahn-Stationen und an Bushaltestellen auf. „Weil wir lieben, wen wir wollen“, steht da auf einem Plakat mit zwei herumtollenden jungen Frauen. „Wir sind Liebe, die bleibt. Und ein Land, das dazulernt“, steht auf einem anderen Plakat, auf dem sich zwei Männer im Anzug unter Applaus der Umstehenden und im Blütenregen innig küssen. Mit beiden Plakatomotiven nimmt die Bundesregierung Bezug auf die historische Entscheidung aus 2017 – seitdem ist die Zivilehe auch für gleichgeschlechtliche Paare möglich. Und sogar das Bundesverteidigungsministerium hat die Lesben und Schwulen als Zielgruppe für sich entdeckt: Passend zur CSD-Saison warb die Bundeswehr mit dem Spruch „Uniform macht keine Unterschiede.“

Ist das nur Werbung – oder sind das wirklich Werte? Zweifellos: Es hat sich in den zurückliegenden Jahren einiges getan in der rechtlichen Gleichstellung von Homosexuellen mit dem Rest der Gesellschaft. Und dass das Justizministerium da eine eher liberale Position einnimmt, ist nicht neu oder überraschend. Auch ist längst bekannt, dass sich die Bundeswehr unter CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu einem modernen, liberalen Arbeitgeber gewandelt hat.

Doch mit Blick auf die europäische Ebene offenbart sich dieser Tage ein großer Fehler, den CDU und CSU leider mitzuverantworten

von Homosexuellen werden als negativer internationalistischer Einfluss diskreditiert und abgetan.



LSBTI-Diskriminierung in Ost-Europa stoppen

Was haben nun CDU und CSU damit zu tun? Ein Instrument, mit dem diese Entwicklung nun hätte kritisiert werden können, wäre die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie. Diese wurde allerdings bereits 2008 und seitdem fortlaufend von der Union blockiert. Offiziell hieß es, man habe ja bereits gute Antidiskriminierungsgesetze. Tatsächlich soll es aber auch darum gegangen sein, die Öffnung der Zivilehe über diese Brüsseler Hintertür zu verhindern. Das Thema ist abgeräumt – doch jetzt ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen. Denn jetzt würden auch Polen und Ungarn dieser EU-Richtlinie nicht mehr zustimmen. Das müssten sie aber, damit diese Gültigkeit erhalten könnte.

Doch für uns als LSU in Niedersachsen ist das nun kein Grund zu verzagen. Die Antidiskriminierungsrichtlinie wäre nur ein Instrument gewesen. Wir setzen nun auf unsere neue EU-Kommissionspräsidentin. Ursula von der Leyen ist bislang noch in jedem Amt als Fürsprecherin der Lesben und Schwulen aufgetreten. Wir sind überzeugt, dass sich daran auch in Zukunft nichts ändern wird. In einem Brief haben wir die gewählte Kommissionspräsidentin daher um Unterstützung gebeten.

ten haben. Mit Schrecken müssen wir zurzeit zur Kenntnis nehmen, wie LSBTI in osteuropäischen Ländern wie Polen oder Ungarn von den immer national-konservativer agierenden Regierungen drangsaliert werden. Die Rechte

Wird Mario Röllig neuer LSU-Chef?

Über die Impulse, die von der BMV in Frankfurt/Main ausgingen

Die inhaltlichen Impulse, die von der diesjährigen Bundesmitgliederversammlung (BMV) der LSU ausgingen, bleiben eher lauwarm. Man beschloss einen Antrag aus dem Saarland zur Toleranz und Akzeptanz innerhalb der LSBTI-Community und einen Antrag aus Niedersachsen zur Situation der LSBTI-Community in Osteuropa. Außerdem besprach man im Schnelldurchlauf zehn Themenpapiere, aus denen die LSU im nächsten Jahr vielleicht ein neues Grundsatzprogramm bauen möchte.

Doch viel spannender sind die personellen Veränderungen, die in Frankfurt beschlossen wurden. Insgesamt drei Posten im Bundesvorstand mussten vor der Zeit nachbesetzt werden, da drei Vorstandsmitglieder das Handtuch geworfen hatten. Da ist nun zum einen Thomas W. Schmitt, der engagierte Landesvorsitzende aus dem Saarland, der nun als Beisitzer in den Vorstand gewählt wurde. Und da ist natürlich Matthias Eitenbenz, unser geschätzter stellvertretender LSU-Landeschef aus Niedersachsen, der nun ebenfalls als Beisitzer in den Bundesvorstand aufrückt.

Eine Personalie aber hat es wirklich in sich. Mario Röllig, LSU-Chef in Berlin, wurde (in Abwesenheit) zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der LSU gewählt. Obwohl schon länger bekannt, hatte der Bundesvorstand die Mitglieder erst eine Woche vor der BMV darüber informiert,

dass der Posten freigeworden war. Daniel Priebe, ebenfalls aus Berlin, war zu Ende Oktober zurückgetreten. In der E-Mail an die Mitglieder wurde dann sogleich auch Röllig als Nachfolger vorgeschlagen.



Mario Röllig (links) könnte Alexander Vogt (rechts) in einem Jahr ablösen wollen.

Was bedeutet das für die LSU? Dass der Berliner Landeschef mit einem Satz an die Spitze des Bundesverbands springt, ist nur folgerichtig. Denn kein Landesverband war in den vergangenen Jahren so aktiv wie Berlin. Vor allem in Pankow wuchs die Mitgliederzahl rapide an. Bei den Vorstandswahlen in Berlin im vergangenen Jahr übernahm dann Pankow den Landesverband. Die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder ordnen sich dem Kreisverband Pankow zu. Und keines war vorher bereits im Landesvorstand tätig.

LSU Berlin ist eindeutig auf dem Vormarsch

Röllig tritt sehr offensiv in Erscheinung. Aufgrund seiner tragischen Vergangenheit als In-sasse des Stasi-Gefängnisses

Berlin-Hohenschönhausen wird ihm viel Aufmerksamkeit zuteil. Röllig steht für einen dezidierten Antisozialismus und verbindet nun beides, sein Engagement in der Erinnerungsarbeit mit seinem Engagement in der LSU.

Nun scheint es nicht ganz abwegig, dass Röllig und die LSU Berlin bei den Vorstandswahlen im kommenden Jahr nach mehr greifen. Alexander Vogt wird dann zehn Jahre im Amt gewesen sein. Nach vielen Wechseln an der Spitze konnte Vogt für Kontinuität und Ruhe sorgen. Doch es macht sich seit geraumer Zeit Unmut über die Verbandsführung breit: Zu wenig wird getan, zu unklar sind die Positionen. Schon

bei der vergangenen Vorstandswahl in München 2018 wurde deshalb mit einem Gegenkandidaten aus Berlin gerechnet – damals blieb er noch aus. Kommt er nun 2020? Wird es Mario Röllig?

Weiterer Kandidat bringt sich in Stellung

Ein weiterer Kandidat scheint sich in Stellung zu bringen. Philipp Pohlmann, LSU-Chef in NRW und einer der drei Stellvertreter Vogts, werden auch Ambitionen nachgesagt. Zweifellos ist Pohlmann einer der Engagierteren im Bundesvorstand und durch seine Arbeit im Landesvorstand der NRW-CDU pflegt er einen guten Kontakt zu Armin Laschet. Vielleicht ist das noch von Vorteil, sollte Laschet tatsächlich Kanzlerkandidat der Union werden? <

Wahlprogramm mit LSU-Akzenten

Hamburg-Wahl 2020: Wir wachsen zusammen.

Im Wahlprogramm der CDU Hamburg für die Bürgerschaftswahl am 23. Februar ist auch das Wirken der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) deutlich erkennbar. Unsere drei Kernforderungen wurden am 29. Oktober als Teil des Programms „Unser Hamburg: Wir wachsen zusammen“ beschlossen worden. „Hamburg ist eine tolerante und weltoffene Stadt“, lautet der erste Satz des Abschnitts „Diversity als Vorteil – Vielfalt einfordern und stärken“, der auf Seite 61 des Wahlprogramms beginnt. Weiter heißt es: „Diskriminierungen aufgrund der Hautfarbe, Religion oder Herkunft lehnen wir genauso ab, wie Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung. Die Menschen sind frei und die sexuelle Orientierung ist Privatsache.“ Ein deutliches, hanseatisches Statement.

Im weiteren Absatz wird betont, dass die CDU Hamburg immer Vorreiter für die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und für den Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung gewesen sei. „Noch bestehende Diskriminierungsmerkmale werden wir weiter abbauen.“

Unsere Freiheit braucht Sicherheit

Die Freiheit, die wir genießen, bedarf der Sicherheit. Deshalb setzte sich die LSU dafür ein, dass im CDU-Wahlprogramm auch folgende Punkte stehen:

- Die CDU Hamburg setzt sich dafür ein, die bestehenden LSBTI-



CDU-Spitzenkandidat Marcus Weinberg unterstützt die LSU seit langem. So auch diesmal, indem er für die Annahme der LSU-Forderungen warb.

Ansprechpersonen bei der Polizei Hamburg weiterhin zu unterstützen und wirbt dafür, dieses Angebot weiter auszubauen.

- Die CDU Hamburg unterstützt Schulprojekte, in denen für Toleranz gegenüber den verschiedenen Beziehungsmodellen geworben wird.

- Vielfalt ist ein Standortvorteil. Hamburg ist eine moderne und aufgeschlossene Stadt. Die CDU wird darauf hinwirken und dafür werben, dass sich mehr Unternehmen der Charta der Vielfalt verpflichten.

Marcus Weinberg: Unser Unterstützer

Dank gilt an dieser Stelle auch Marcus Weinberg, unserem Spitzenkandidaten und langjährigen Unterstützer der LSU. Als Mitglied der Parlamentsgruppe der



Neuer LSU-Vorstand in Hamburg

Thomas Thomsen ist neuer Vorsitzender der LSU Hamburg. Außerdem hat die Mitgliederversammlung im November Annette Etezadzadeh zur stellvertretenden Landesvorsitzenden und Jörg Meyer erneut zum Schatzmeister gewählt.

sogenannten „Wilden 13“ engagiert er sich seit Jahren für die Rechte von LSBTI. So tat er es auch beim Programmparteitag der CDU Hamburg, indem er sich für unsere Punkte starkmachte. <

Zur Position der LSU

Was wir sind – und was wir weder sind, noch sein wollen

Seit der Öffnung der Zivilehe für Paare gleichen Geschlechts im Sommer 2017 sucht die LSBTI-Community nach einem neuen politischen Kompass. Auch die LSU muss ihren Platz neu bestimmen. Mit diesen fünf Thesen wollen wir einen Beitrag zu dieser Debatte leisten.

Die LSU ist nicht der verlängerte

Arm der LSBTI-Community

Die LSU ist nicht der verlängerte Arm der LSBTI-Community. Sie ist die christdemokratische Stimme in der Community. Die LSU ist christdemokratisch, liberal-bürgerlich und zu allererst eben Teil der Unionsfamilie. Natürlich ist es die Aufgabe einer Vereinigung oder Sonderorganisation, in beide Richtungen zu wirken. Doch für jedes Mitglied der LSU sollte auch das Bekenntnis zu den Grundwerten von CDU und CSU selbstverständlich sein. Die LSU ist nicht das Einfallstor für Gruppen oder Personen, die die Union auf links drehen wollen.

Die LSU steht für Vielfalt,

nicht für Gleichmacherei

Die LSU steht für Vielfalt in der Union – nicht für Gleichmacherei. Die Vielfalt des LSBTI-Regenbogens kann manchmal anstrengend und unübersichtlich werden. Es wäre aber falsch, alles über einen Kamm zu scheren. Die Anliegen von Lesben sind meistens andere als die von Schwulen. Mit den Problemlagen von Trans- und Intersexuellen haben sie wenig gemein. Jede Gruppe hat berechnigte Interessen – jeder ist gleichwertig, aber ganz sicher eben nicht gleich. Die Bearbeitung dieser Themen darf deshalb auch nicht in einen Topf geworfen werden.

Die LSU ist nicht queer

Die LSU ist nicht queer. Als Lesben und Schwule in der Union sind wir offen für alle Menschen, die unsere Positionen teilen und für unsere Inhalte streiten wollen. Des Mode- oder Kampfbegriff „queer“ dürfen wir uns dabei aber nicht bedienen, nur weil uns LSBTI zu komplex wird. Die Liste der Begriffe zur Selbstbeschreibung mag wachsen. „Queer“ beinhaltet aber auch eine politische Komponente, die für eine Kapitalismuskritik und eine Staatsfeindlichkeit steht, die wir auf gar keinen Fall mittragen.

Die LSU muss ein Think Tank sein

Die LSU muss ein Think Tank sein. Ob Vereinigung, Sonderorganisation oder einfach nur CDU-nahe Lobbygruppe – die LSU muss sämtliche Themen, die in unser Spektrum fallen, im Blick haben. Und sie muss jederzeit sprechfähig sein. Wenn die uns nahestehenden Fraktionen – gleich auf welcher politischen Ebene – Gesprächsbedarf zu einem Thema haben, müssen wir der natürliche erste Ansprechpartner sein.

Die LSU macht christ-

demokratische LSBTI-Politik

Die LSU macht christdemokratische LSBTI-Politik. Nicht nur muss die LSU in sämtlichen Themen fit sein und intern einen Ansprechpartner parat halten. Die LSU muss auch christdemokratische Antworten auf die politischen Fragen der Community bereithalten. Die LSU darf nicht unreflektiert jede Position einer Community-Gruppe übernehmen. Wir müssen die aufkommenden Forderungen vor unserem eigenen Wertekanon, Politikverständnis und Menschenbild betrachten und werten.